

Online-Tageszeitung für Baden-Baden und Umgebung.

4 Plus

goodnews4-Sommergespräch

Grüne Fraktionschefin Böhlen zum Leo-Skandal: "Vertrauen in die Verwaltung hat Risse bekommen" - Zur OB-Absage an die Juden: "Entschuldigen Sie meine Unkenntnis"



Beate Böhlen, Landtagsabgeordnete und Grünen-Fraktionschefin im Gemeinderat Baden-Baden, im goodnews4-Sommergespräch.

[VIDEO anschauen!](#)

[goodnews4-Sommergespräch von Nadja Milke mit Beate Böhlen](#)

Baden-Baden, 14.08.2018, 00:00 Uhr, Bericht: Christian Frietsch «Um Kompromisse zu schließen, muss man teilweise auf Ideale verzichten oder sich damit arrangieren», räumt Beate Böhlen im goodnews4-Sommergespräch die bittere Seite der Macht ein. Dabei blickt die grüne Baden-Badener Landtagsabgeordnete nicht nur nach

Stuttgart, wo sich die Umweltpartei mit der CDU in einer Koalition oft genug mit nicht sonderlich grünen Positionen wiederfindet. Auch in Baden-Baden ist von der ehemaligen kämpferischen, meist gegen den Strich gebürsteten Partei der Bürgerbewegung kein scharfes Profil mehr zu erkennen.

Beim Streit um die Windkraft verteidigt Beate Böhlen aber dann doch eine der letzten Bastionen ihrer Partei: «Zur Windkraft in Baden-Baden kann ich nur sagen, dass ich nicht das Gefühl habe, dass die Menschen, die gegen die Windkraft sind, tatsächlich auch verstehen, was sie da sagen und tun.» Mit «hanebüchene[n] Argumenten» habe man es dabei zu tun.

Doch auch bei der wenig erkennbaren eigenen Position zur Baden-Badener Baupolitik scheint sich Beate Böhlen nun doch in eine kritische Richtung zu bewegen und eine Ansage aus Stuttgart könnte man aus ihrem Statement herauslesen: «Da fangen wir doch mit dem Vincentigelände an und hören bei dem von uns seit zehn Jahren geforderten Baulückenkataster auf. Wir haben es immer wieder angemahnt. Wir haben auch den Antrag gestellt, dass 30 Prozent am Tannenhof bezahlbarer Wohnbau wird. Wenn die konservativen Parteien, die jetzt gegen Windkraft sind und sich auf Flora, Fauna beziehen, was ein Treppenwitz der Geschichte ist, sich auch mal vorher mit den gesellschaftlichen Anforderungen des Wohnens beschäftigt hätten, wenn unser Koalitionspartner in Stuttgart verstanden hätte, bei Änderung der LBO, was eigentlich wichtig ist, damit bezahlbarer Wohnbau hergestellt werden kann, dann wären wir schon ein Stück weiter, aber wir müssen jetzt schnell handeln.»

Immer noch nicht thematisiert der Baden-Badener Gemeinderat den Interessenkonflikt von Gemeinderäten, die von öffentlichen Aufträge profitieren. Bis heute sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft offiziell kein Thema im Gemeinderat, obwohl der zuständige Baubürgermeister längst Konsequenzen gezogen hat. Inzwischen sind nicht nur Verfehlungen im Zusammenhang mit der Sanierung des Leopoldsplatzes laut geworden, sondern auch begründete Vorwürfe hinsichtlich möglicher Verstöße gegen den Umweltschutz. «Wenn wir jetzt die PFC-belasteten Bodenaushübe nehmen, die eventuell als Mutterboden irgendwo ausgebracht worden sind, ist das kriminell und hat mal wieder mit Flora-Fauna-Schutz nichts zu tun. Das muss geahndet werden und ist keine Lappalie», kommentiert die grüne Lokal- und Landespolitikerin diese von manchen als Kavaliersdelikt eingeschätzten mutmaßlichen Gesetzesverstöße.

Auch zum Kapitel der Diskussion um den Standort einer neuen Synagoge in Baden-Baden nimmt Beate Böhlen Stellung. Die Absage der Oberbürgermeisterin bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück für den Synagogenneubau will die grüne Politikerin bisher nicht mitbekommen haben. «Entschuldigen Sie meine Unkenntnis. Das wusste ich jetzt tatsächlich nicht.»

Im Verlauf des *goodnews4*-Sommergesprächs geht Beate Böhlen auch auf Fragen zur Lage der Welt und der Rolle der Europäischen Union ein.

Abschrift des *goodnews4*-Sommergesprächs mit Beate Böhlen:

goodnews4: *Beate Böhlen, es ist schon wieder ein Jahr vergangen seit unserem letzten goodnews4-Sommergespräch. Noch immer vergeht kein Tag ohne Sorgen über das Verhältnis zwischen den USA und dem Rest der Welt. Verträge werden nicht mehr eingehalten. Ein sogenannter Handelskrieg schwelt zwischen den USA und der EU. Müssen wir uns um unseren Wohlstand Sorgen machen in Deutschland?*

Beate Böhlen: Ja, aber das müssen wir generell, da unser Wohlstand in der sogenannten Ersten Welt nämlich auf den Schultern der Menschen in anderen Kontinenten ruht. Deshalb sollten wir generell mit der Verteilung des Wohlstandes in Diskussion gehen. Also: Wie ist er verteilt? Aber zu Ihrer Frage mit Trump, natürlich ist es ganz schwierig. Es wäre schöner, wenn Europa momentan gefestigt und einig wäre, aber auch das ist nicht der Fall und ich glaube, da müssen wir hinkommen, dass wir ein geeinigtes, sicheres Europa bleiben, um eine starke Stimme gegen Trump zu bilden.

goodnews4: *Genau das war ja auch die Hoffnung, dass nach der Wahl von Trump die EU sich auf ihre Gemeinsamkeiten, auf ihre Stärken besinnt. Wie viel Zeit hat denn die EU noch, um sich neu aufzustellen? Müssen wir Deutschen vielleicht unseren Reichtum in Europa umverteilen?*

Beate Böhlen: Also Europa generell ist sehr reich. Es gibt natürlich Deutschland mit als Vorreiter. Wir haben aber jetzt den Brexit, wir haben nationalkonservative bis faschistische Staatschefs in Europa, die auch Mitglieder der Europäischen Union sind – und hier meine ich ganz klar Ungarn, Italien. Wir haben in Österreich eine rechtsnationale Regierung, die uns Sorgen bereiten müsste und wir haben einen Innenminister in Deutschland, der spaltet und antieuropäisch ist. Ja, wir müssen uns Sorgen machen, eventuell, wenn Sie es so nennen wollen, um unseren Wohlstand, aber wir müssen uns um die Demokratie Sorgen machen. Ich glaube, das ist das viel größere Problem, das wir momentan haben und worüber wir Menschen auch tatsächlich nachdenken müssen. Es waren in vielen Städten Demonstrationen für Humanität, für Demokratie, für Menschenrechte und da, sage ich Ihnen, habe ich wieder Hoffnung geschöpft. Alleine 70.000 Menschen in München bei strömendem Regen haben gezeigt: Wir wollen es anders, wir wollen nicht weiter nach rechts rücken, wir wollen wieder in die Mitte der Gesellschaft in demokratische Urstrukturen zurückfinden. Und das gibt jetzt Hoffnung. Ich hoffe, dass in allen Ländern Europas ähnliche Bewegungen stattfinden.

goodnews4: *Ein Wort zu den Grünen: Sie vertreten den Wahlkreis Baden-Baden in Stuttgart. Was hat es gekostet, an der Macht zu sein? Sind Ideale für Kompromisse auf der Strecke geblieben? Denken wir mal an die Windkraft in Baden-Baden.*

Beate Böhlen: Um Kompromisse zu schließen, muss man teilweise auf Ideale verzichten oder sich damit arrangieren, dass jemand eine andere Sicht hat und dann muss man gucken inwieweit man sich entgegen kommt. Zur Windkraft in Baden-Baden kann ich nur sagen, dass ich nicht das Gefühl habe, dass die Menschen, die gegen die Windkraft sind, tatsächlich auch verstehen, was sie da sagen und tun. Sie argumentieren mit hanebüchenen Argumenten, aber, und darum ging es zum Beispiel am Montag, es ging nicht um Pro und Contra von Windkraft, sondern machen wir eine Normenkontrollklage oder nicht. Hier hat mich natürlich der Petitionsausschuss geprägt. Ich bin der Meinung, wenn Menschen etwas möchten, was ihnen rechtlich zusteht, kann man ihnen das schlecht verwehren. Man sollte ihnen aber deutlich machen, dass auch Geld verbraten werden kann, wenn man alle Wege ausschöpft. Dieser wird so ausgeschöpft durch dieses Gutachten, das ich sagen muss, das steht auf tönernen Füßen. Aber es hat mich geprägt, sieben Jahre Petitionsausschussvorsitzende, man muss es auch den Menschen ermöglichen, diesen Weg gehen zu können.

goodnews4: *Bleiben wir bei Baden-Baden. Immer mehr schält sich die Wohnungs- und Baupolitik als Fehlentwicklung heraus. Bezahlbarer Wohnraum in der Innenstadt, auch für gut verdienende Menschen ist kaum mehr zu finden. Es droht, dass die Innenstadt eine Art Enklave wird für Touristen, worüber wir uns zum einen auch freuen, aber eben auch für Wohlhabende und damit meist ältere Menschen. Was lief falsch? Was muss geschehen?*

Beate Böhlen: Da fangen wir doch mit dem Vincentigelände an und hören bei dem von uns seit zehn Jahren geforderten Baulückenkataster auf. Wir haben es immer wieder angemahnt. Wir haben auch den Antrag gestellt, dass 30 Prozent am Tannenhof bezahlbarer Wohnbau wird. Wenn die konservativen Parteien, die jetzt gegen Windkraft sind und sich auf Flora, Fauna beziehen, was ein Treppenwitz der Geschichte ist, sich auch mal vorher mit den gesellschaftlichen Anforderungen des Wohnens beschäftigt hätten, wenn unser Koalitionspartner in Stuttgart verstanden hätte, bei Änderung der LBO, was eigentlich wichtig ist, damit bezahlbarer Wohnbau hergestellt werden kann, dann wären wir schon ein Stück weiter, aber wir müssen jetzt schnell handeln. Das muss ich tatsächlich auch sagen, das ist in den letzten vier Jahren auch stärker in den Fokus getreten. Aber Sie haben natürlich vollkommen Recht: Es ist verfehlt und wir müssen natürlich schauen, dass die Innenstadt auch als Wohnstadt lebendig bleibt, ansonsten haben wir heruntergelassene Rollläden und eben kein Innenstadtleben mehr. Man muss es auch immer in Zusammenhang sehen, auch da, wo gewohnt wird, wird auch gelebt.

goodnews4: *Seit Monaten ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Korruption und illegaler Preisabsprachen. Verdrängen Gemeinderat und Stadtverwaltung das Thema?*

Beate Böhlen: Nein und ich finde, sie halten es auch ziemlich präsent.

goodnews4: *Eine Frage in eigener Sache. Gegen goodnews4.de wurden durch Stadtverwaltung und einen Gemeinderat zwei Verfahren ausgelöst, die sich gegen die Berichterstattung von goodnews4.de richteten. Beide Verfahren gingen zu Gunsten von goodnews4.de und der Pressefreiheit aus. Gibt es ein Demokratiedefizit in Stadtverwaltung und Gemeinderat?*

Beate Böhlen: Immer noch nicht. Ich habe Ihnen die Frage schon mal beantwortet. Es gibt Fragen, die man stellt, ohne sie gleich öffentlich zu machen. Gerade auch wegen Ihrer Berichterstattung habe ich schon mehrfach die Themen aufgegriffen und habe gesagt: Ich möchte gerne wissen, wenn es denn zu wissen ist, wie der Stand bei der Staatsanwaltschaft ist und so weiter. Das habe nicht nur ich gemacht für die Grünen, sondern das haben auch andere gemacht. Es ist natürlich ein schwieriges Thema, muss ich Ihnen sagen. Schwierig auch deswegen, weil auch der Vertrauensschutz oder das Vertrauen, das wir dann doch teilweise in die Verwaltung geben, Risse bekommen hat, aber wir auch in andere Dinge wieder sehr vertrauen. Von daher ist es schon so ein Gefühl, dass wir doch jetzt gerne bald wissen würden, was denn da in Gänze passiert ist. Wenn wir jetzt die PFC-belasteten Bodenaushübe nehmen, die eventuell als Mutterboden irgendwo ausgebracht worden sind, ist das kriminell und hat mal wieder mit Flora-Fauna-Schutz nichts zu tun. Das muss geahndet werden und ist keine Lappalie. Ich hoffe, dass wir bald an dem Punkt sind, wo wir das aufklären können oder wo wir auch mal einen Wissensstand dazu bekommen, damit wir das auch mal bewerten können. Ich kann Ihnen das jetzt so sagen, aber ich brauche einen Wissensstand dazu und den fordern wir auch ein.

goodnews4: *Bald sind wieder Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Bis zur OB-Wahl ist noch ein bisschen Zeit. In beiden letzten Wahlen war Bürgerbeteiligung ein ganz großes Thema. Wichtige Themen sollen mit den Bürgern auseinander gesetzt werden und zwar bevor Entscheidungen fallen. Es gibt in Baden-Baden immer wieder Informationsveranstaltungen und die Stadtverwaltung beruft sich darauf, Informationen gegeben zu haben. Aber Informationen gibt man ja nachdem eine Entscheidung gefallen ist. Sind denn zum Beispiel das größte Wohnbauprojekt in der Stadt am Tannenhof und die Suche nach einem Synagogengrundstück keine wichtigen Themen, die ergebnisoffen vor einer Entscheidung öffentlich diskutiert werden sollten?*

Beate Böhlen: Ich habe im Februar einen Antrag gestellt auf das sogenannte Nachbarschaftsprojekt, also «Nachbarschaftsgespräche». Das wird auch vom Land gefördert. Da wurde in der letzten Sitzung zugesagt, dass das jetzt begonnen werden soll. Das finde ich auch sehr gut. Da gehören natürlich diese Themen, die Sie ansprechen, rein. Laut Hauptsatzung haben wir die Möglichkeit, Sachverständige in den Hauptausschuss, zum Beispiel, zu setzen oder in den Bau- und Umlegungsausschuss zu wählen. Ich glaube, da werden wir uns jetzt mit auseinandersetzen müssen, diese Forderung auch zu stellen. Wir haben das im Jugendhilfeausschuss, wir haben das im

Sozialausschuss und ich glaube, das ist auch etwas, wo Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden, die über ein Fachwissen verfügen und die auch einbezogen werden können. Bei diesen Großprojekten Tannenhof ist es tatsächlich so, dass man das auch so hätte machen können. Es ist schwierig, aber man hätte es tun können. Bei der Suche nach dem Synagogengrundstück hätte ich mir auch von der jüdischen Gemeinde gewünscht, dass diese Forderung an die Stadt gekommen wäre.

goodnews4: *Die ist gekommen.*

Beate Böhlen: Die ist gekommen?

goodnews4: *Ja, goodnews4.de hat das veröffentlicht. Es gab eine Absage der Stadtverwaltung. Sie sagt, man habe dieses Anliegen verwaltungsintern geprüft, also eben nicht vor den Gemeinderat gebracht. Offenbar wurde im Ältestenrat über die Anfrage informiert und das Ergebnis dieser verwaltungsinternen Suche der Stadt war, dass man eben kein geeignetes Grundstück gefunden hat oder überhaupt kein Grundstück gefunden hat und man habe der Gemeinde geraten, sich am freien Markt zu erkundigen. Das Ergebnis, und so hat es auch Herr Suliman, der Vorsitzende des Oberrats, im Gespräch mit goodnews4.de gesagt, war: Man hat gesucht und nichts gefunden, deshalb jetzt das Grundstück in der Fürstenbergallee. Das ist nicht die erste Wahl, sondern aus einer Verzweiflung heraus. Da stellt sich natürlich die Frage: Gibt es denn wirklich kein Grundstück in der Innenstadt? Natürlich ist das Grundstück der alten Synagoge ein anderes Thema. Das ist im privaten Besitz, vielleicht hätte man auch da vermittelnd mithelfen können, aber ein paar Meter weiter, gibt es ein Grundstück, das der Stadt Baden-Baden gehört. Ein sehr großes Grundstück, direkt neben dem Vincentiusgelände gelegen. Vielleicht wäre das ja eine Möglichkeit gewesen.*

Beate Böhlen: Entschuldigen Sie meine Unkenntnis. Das wusste ich jetzt tatsächlich nicht. Das, was Sie weiter berichtet haben, weiß ich natürlich, nur das mit der Anfrage wusste ich nicht. Sehen Sie, meine Arbeit in Stuttgart mache ich seit sieben Jahren als Petitionsausschussvorsitzende. Wir haben gemeinsam Bürgersprechstunden eingeführt. Wir möchten jetzt öffentliche Petitionsausschusssitzungen einführen, damit Entscheidungen nicht an den Bürgerinnen und Bürgern vorbeigehen. Ich bin im Ausschuss für ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Verbraucherschutz deswegen, weil es so sehr an den Bürgerinnen und Bürgern orientiert ist, dass wir offen werden, dass wir Entscheidungen transportieren, transparent machen oder Entscheidungen im Vorfeld besprechen können. Deswegen halte ich es für angezeigt, endlich angezeigt, dass die Dinge natürlich mit den Bürgerinnen und Bürgern besprochen werden müssen. Ein Teil der Politikverdrossenheit kommt doch auch daher, dass die Menschen sich nicht mitgenommen fühlen. Jetzt ist natürlich auch die Forderung, dass die Bürgerinnen und Bürger sich mehr einbringen müssen, auch gerechtfertigt. Ich kann nicht immer nur für Partikularinteressen eintreten und danach wieder die Dinge ihren Gang gehen lassen. Aber wenn ich das nicht anbiere mit der Bürgerbeteiligung, dann kann ich auch nicht

einfordern, dass die Bürger sich beteiligen. Da kann ich auch nicht nach den ersten drei, vier Versuchen sagen: Es kommt ja keiner. Auch das muss ich etablieren. Gerade in den 90er oder 2000er Jahren war es oft so, dass viele vor vollendete Tatsachen gestellt wurden und das wird ja noch gelebt, das ist noch im Denken der Menschen drin. Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir den Weg der Bürgerbeteiligung immer weitergehen. Ich glaube, genau das ist das, was ich Gott sei Dank in Stuttgart leben darf und erleben darf, dass wir nämlich ganz vieles angestoßen haben, was auf den Weg gebracht wurde, was genau darin mündet, was Sie sagen. Das hätte natürlich in breiter Öffentlichkeit besprochen werden müssen. Da muss man auch, wenn man als Stadtverwaltung sagt, das möchte man nicht aus irgendwelchen Gründen, dann kann man das auch klar sagen. Es geht ja nicht darum, dass die Bürgerin oder der Bürger oder die Stadträtin oder der Stadtrat ständig Recht bekommen, sondern man muss sich im Dialog auseinandersetzen und das diskutieren.

goodnews4: *Da sind wir auch schon bei der letzten Frage unseres goodnews4-Sommorgesprächs angelangt: Was wünschen Sie sich bis zum Sommer 2019?*

Beate Böhlen: Ich wünsche mir bei der Kommunal- und Europawahl eine hohe Wahlbeteiligung. Ich wünsche mir, dass die Menschen wählen gehen und sich genau überlegen, was sie wählen. Und ich wünsche mir, dass sie von dem Gedanken, dass eine Partei eine Proteststimme sein könnte, wegkommen, indem sie sich im nächsten halben Jahr darüber informieren, was diese Gruppierungen alles an undemokratischen, unmenschlichen und politisch überhaupt nicht tragfähigen, nicht rechtskonformen Dingen machen und so dann vielleicht zu einer Entscheidung kommen, die der Demokratie weiterhilft. Was ich mir wünsche ist, dass die Menschen darüber nachdenken, dass sie sich vielleicht dazu entscheiden auf einer Liste im Gemeinderat anzutreten. Eine Liste der demokratischen Parteien, die immer auch ehrenamtlich, das muss man auch dazu sagen, für die Menschen hier vor Ort arbeiten und sich einbringen und engagieren. Das wäre, glaube ich, das Schönste, wenn ganz viele Menschen sich überlegen: Da mache ich mit, da mache ich den Mund auf und wenn ich da oben bin, dann sehen die mal was passiert - nein, dass die einfach auch Freude haben sich zu engagieren.

goodnews4: *Vielen Dank für das Interview.*

Das Interview führte Nadja Milke für goodnews4.de.

 [VIDEO anschauen!](#)

[goodnews4-Sommorgespräch von Nadja Milke mit Beate Böhlen](#)

[Zurück zur Startseite und zu den weiteren aktuellen Meldungen.](#)

 [goodnews4Baden-Baden Breaking News kostenlos abonnieren!](#)

Jeden Tag sendet *goodnews4.de* die wichtigste Nachricht als News-E-Mail.

[Hier klicken und abonnieren!](#)

Copyright © **text**Büro Baden-Baden